Einführungsgesetz zum Gerichtsverfassungsgesetz 267

(3) Insoweit für bürgerliche Rechitsstreitigkeiten ein von den Vorschriften der Zivilprozeßordnung abweichendes Verfahren gestattet ist, kann die Zuständigkeit der ordentlichen Landesgerichte durch die Landesgesetzgebung nach anderen als den durch das Gerichtsverfassungsgesetz vorgeschriebenen Normen bestimmt werden.

Übertragung sonstiger Geschäfte.

84

Durch die Vorschriften des Gerichtsverfassungsgesetzes über die Zuständigkeit der Behörden wird die Landesgesetzgebung nicht gehindert, den betreffenden Landesbehörden jede andere Art der Gerichtsbarkeit, sowie Geschäfte der JustizVerwaltung zu übertragen. Andere Gegenstände der Verwaltung dürfen den ordentlichen Gerichten nicht übertragen werden.

Vorrechte landesherrlicher Familien.

§ 5 (gilt nicht mehr)

Anm.t Durch die Revolution von 1918 beseitigt.

Pressesachen.

§ 6

Unberührt bleiben die bestehenden landesgesetzlichen Vorschriften über die Zuständigkeit der Schwurgerichte für die durch die Presse begangenen strafbaren Handlungen.

Militärgerichtsbarkeit.

§ 7

(gegenstandslos)

§ 8 (betrifft Zivilsachen)